

Dresdener Nachrichten

Ball- Schuhe

in grösster Auswahl
und neuesten Formen
empfehlen
F. & A. Hammer,
Schlossstr. 21.

Lobeck & Co.
Hollisforanten Nr. 1, Majestädt des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

42. Jahrgang.

Dresden, 1897.

Seitensgebilde
Montagsblatt Nr. 220, vom 14.
Juli 1897.
Herausgeber: Dr. med. Dr. phil.
Karl Schmidt.
Verlag: Dr. phil. Dr. phil.
Karl Schmidt.
Die Druckerei befindet sich
in Dresden, Neumarktstr. 10.
Die Druckerei befindet sich
in Dresden, Neumarktstr. 10.
Die Druckerei befindet sich
in Dresden, Neumarktstr. 10.

**Modernste Wiener
Corsets**
am dem berühmten Nieder-Atelier 'Palerma' in Wien

**Heinrich
Plaul,**
Hollisforant
Wallstr. 25.

R. Beyer → Papier-Fabrik-Lager ←
Papier-Grosshandlung → **Am See 16**
Grösstes Lager aller Sorten Pappen und Packpapiere, Formate
und Rollen in allen Grössen, Schreib-, Post-, Druck- und Um-
schlag-Papiere, Imittel, — feinstes, — reines — und Butter-
 Pergament, Weisses und farbige Seidenpapiere,
Galgengeldpapiere, — Billigste Preise, — Prompte Bedienung.

WEIN-Handlung | **Max:**
| **Stuben** ← | **Kunath,**
| | | **Wallstr. 8.**
Portikus a. d. Markthalle

Artikel zur Krankenpflege: Carl Wendschuch, Königl. Hof-Liefer., Struvestr. 11.

Nr. 55. Spiegel: Kritische Frage im Reichstag. Dolmetscher, Vereinspar in der Hauptmarkthalle, Feller im Stechenhaus, Gewerbeverein, Gerichtsverhandlungen, Kammermusik-Abend, Einwas vom Kunstgewerbe, Muthmaßliche Witterung: Mittwoch, 24. Febr.

Politik.

Die deutsche Volksvertretung hat am Montag Gelegenheit gehabt, Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Hrn. v. Marschall über die freisch-griechische Frage entgegenzunehmen und sich im Anschluss daran selbst über die von der deutschen Diplomatie beobachtete Haltung zu äussern. Es geschieht nicht gar zu oft, dass der Reichstag das Gebiet der auswärtigen Politik zum Gegenstand seiner Verhandlungen macht. Eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den Problemen, die in dem Bereiche der internationalen Beziehungen der führenden Grossmächte augenblicklich ihrer Lösung entgegensteht, erscheint für die nicht an der verantwortlichen Leitung der Geschäfte theilnehmenden parlamentarischen Kreise im Allgemeinen durchaus angebracht, wenn, wie es bei uns der Fall ist, das beruhigende Bewusstsein vorherrscht, dass die Riegel der Regierung, namentlich soweit die auswärtigen Angelegenheiten in Frage kommen, in zuverlässigen Händen ruhen und von einem einheitlichen, in einer einsichtigen und erfahrungreichen diplomatischen Schule erprobten Willen geleitet werden. Sobald allerdings das Feuer der Thatfachen den Diplomaten und Staatsmännern zu heftig anfängt und die Fingerringel zu brennen wie jetzt in der freisch-griechischen Bewegung, haben auch die Parlamente ein unabweisbares Recht, von ihren Regierungen Verlautbarungen einzufordern über den derzeitigen Stand der Dinge und über die Richtlinien, die weiter befolgt werden soll, damit die Nation weiss, woran sie ist. Ueber diesen Rahmen hinausgehende Bestrebungen, die das Parlament zum Herrn der Lage machen möchten, finden bei uns zum Glück keinen Boden. Wie überaus schädlich eine Verhüllung der staatsrechtlichen Verhältnisse, bei der eine solche Vorherrschafft des Parlaments möglich ist, beweisen die letzten Vorgänge in England, Frankreich und Italien. In jenen Ländern hat sich die öffentliche Meinung mehr und mehr in einen vernunftlosen Grieschensittus veranlagt, der in den Parlamenten Anfang und Nachhall findet und von dort aus der besonnenen Haltung der Regierungen gefährlich zu werden droht, indem er diese mit Sorgen um ihre Existenz erfüllt und deshalb nachgiebiger gegen parteipolitische grieschensittische Querstreifen macht, als im Interesse der grossen allgemeinen sowohl wie nationalen Güter, die dabei auf dem Spiele stehen, für wünschenswert gehalten werden kann. Eine gleiche Gefahr ist bei uns schon bedrohlich ausgebrochen, weil wir keine parlamentarische, sondern eine konstitutionelle Verfassung haben, deren Weisen eine im Widerspruch mit der eigenen Ueberzeugung der Regierenden stehende Eingebung an sogenannte völkerrückliche Erörterungen ausschliesst. Dazu kommt aber überdies noch die gereiztere germanische Einseitigkeit in Fragen der auswärtigen Politik, die föhliche deutsche Ruhe, die leichter die Dinge in ihrem wahren Lichte sieht als das aufgeregte romanische Temperament, das gern in Illusionen schweift und sich an Schlagworten berauscht. In diesem Sinne erwachte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hoffe, der die Erklärungen des Staatssekretärs Hrn. v. Marschall anregte, richtig die Situation, indem er sagte, dass der Deutsche von heute keinen Philhellenismus mehr treibe wie vor Jahrzehnten und dass recht unter Interesse an den freisch-griechischen Wirren nicht darin bestehe, Partei zu ergreifen für den einen oder den anderen Theil. Unter Interesse gipfelte vielmehr darin, dass der europäische Friede aufrecht erhalten und die Politik des Deutschen Reiches in dieser Richtung geleitet werde.

angevohnte Mangel an parteipolitischen Tispanenzen bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, als der nationalliberale Abgeordnete Dr. v. Marschall im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte, dass er die Auffassung des freisch-griechischen Führers über die mögliche feindliche Lösung der orientalischen Frage „wohl zu theilen vermöge.“ Herr Richter hatte nämlich die Meinung vertreten, die türkische Frage löse sich ganz allmählich dadurch, dass eine Landesherrschaft nach der anderen die Autonomie erlange, wie es bereits mit vielen der heutigen Völkern der Fall gewesen sei. Alles in Allem war es ein recht vernünftlicher Geist, der dieses Mal über den parteipolitischen Wassern schwabte und zu dem einmütigen Ausdruck der Ueberzeugung führte, dass der Reichstag die Stellung des Auswärtigen Amtes um so mehr kräftigen werde, je weniger es ihm durch Hineinziehung der internationalen Politik in die Verhandlungen Verlegenheiten bereite. Das ist auf jeden Fall eine Vertrauensscheidung für den derzeitigen Leiter des Auswärtigen Amtes, mit dem dieser wohl zufrieden sein kann und der ihn für manche Kritiken, die er an derselben Stelle in der letzten Zeit hat erfahren müssen, entschuldigen dürfte.

Auf Einzelheiten einzugehen, vermeiden die Redner, die zu dem erörterten Gegenstand das Wort ergreifen, sämtlich, nachdem der Staatssekretär Herr v. Marschall vorher erklärt hatte, er wolle in dem gegenwärtigen Augenblick darauf verzichten, eingehende Mittheilungen an das Haus gelangen zu lassen. Die Ablehnung war aber keine endgültige, sondern wurde in entgegenkommender Weise ergänzt durch die weitere Mittheilung, dass der Reichskanzler den Staatssekretär ausdrücklich zu der Versicherung ermächtigt habe, er dürfe Hohenlohe, werde zu geeigneter Zeit gern bereit sein, über die von Deutschland in der freisch-griechischen Frage unternommenen Schritte dem Reichstag nähere Auskunft zu erteilen. Unter diesen Umständen scheint es so gut wie ausgeschlossen, dass vor der Abgabe der vom Reichskanzler versprochenen Erklärungen der freisch-griechische Zwischenfall noch einmal im Reichstag zur Sprache gebracht werden könnte, vorausgesetzt, dass keine außerordentlichen, nicht voraussetzenden Verhältnisse und Bewerdigungen eintreten. Inzwischen ist es die Frage nach der grösseren oder geringeren Wahrscheinlichkeit solcher Weiterwendungen in der internationalen Lage, die die Gemüther festgelegt in Spannung erhält. Die Gründe, die dafür sprechen, dass Ueberwachungen nicht ausgeschlossen sind, weil die Einigkeit der Mächte doch nicht in allen Punkten ganz über jeden Zweifel erhaben ist, haben an dieser Stelle bereits eingehende Würdigung gefunden. Auch ergeben sie sich fortlaufend aus einer unermesslichen Vergleichung der vom freischen Kriegsausbruch über die gemeinsame Aktion der Mächte eingehenden Nachrichten. Man wird bei einer sorgfältigen Lektüre und Prüfung des einschlägigen Materials manches finden, was man vielleicht nicht nothwendig so zu deuten braucht, aber doch immerhin so deuten kann, als ob nicht alles unbedingt kläglich. Auf der anderen Seite muss man freilich auch bedenken, dass die bisher ganz ungewohnte Form eines gemeinsamen Spektens sämtlicher europäischen Grossmächte sich doch immerhin erst einzufinden in der Praxis einleiten muss, dass man an ein halbwegs plattes Qualifizieren von ihr erwarten darf. Eine gewisse Schwerefälligkeit aber wird einem so umfangreichen Apparat stets anhaften, auch wenn er sich wirklich in allen seinen Theilen richtig in Gang gekommen ist.

Wahrscheinliche Witterung: Mittwoch, 24. Febr.
Schänkung des Rechts des Reichstags. Wenn der Schachspielmeister meint, wenn erst das Volk seine Reichsfinanzreform vertheile, würde sich ein Sturm darnach erheben, so denke ich, doch auch der blinde Döbner wohl längst, was es zu bedeuten haben würde, wenn das Reich nur nach auf neue indirekte Steuern angewiesen bliebe, welche vorzugsweise den Winderbemittelten belasten. Unsere Einzelstaaten sind gerade jetzt infolge der Konvertierung in relativ guten Finanzverhältnissen. Wie können wir uns da schon jetzt für 1899/1900 die Hände in Bezug auf Vermehrung der Matrifularbeiträge binden und uns dadurch in die Gefahr neuer Steuern im Reiche bringen. — Abg. v. Leipziger (d-fon.) erklärt die Bereitwilligkeit der Konservativen, eine dauernde Regelung des Reichsfinanzwesens zu schaffen; seine Freunde hätten auch vor dem Automaten keine Angst. — Abg. Lieber (Centr.) begrüsst im Allgemeinen die Vorlage als die Fortsetzung unserer Reichsstaatsbudgetpolitik vom Vorjahre. Mit einer vollen Beilegung der Ueberwachungspolitik in Gemässheit der Klausel nach Fremdenzinsen würden wir uns hier nicht einverstanden erklären, aber in der Vorlage ist vor allem keine Regelung von längerer oder kürzerer Dauer vermindert. Ich werde in der Kommission beantragen, die für das Reich einzubehaltende Quote der Ueberwachungen für 1897/98 noch über die hier vorgeschlagene Hälfte hinaus zu erhöhen. Außerdem sollte auch für 1898/99 eine entsprechende Bestimmung noch in dieses Gesetz aufgenommen werden. Was § 2 anlangt, erkennen wir an, dass, wenn das Reich auf einen Theil der Ueberwachungen verzichten legen darf zu Gunsten der Schuldentilgung, auch die Einzelstaaten gegen eine zu grosse Inanspruchnahme geschützt werden sollten. Für den Sinn des § 2, wie ihn heute der Schachspielmeister darlegt, bedarf es aber einer klareren Form. Es wird auch dem Reichstage die Entscheidung vorbehalten werden müssen, ob er 1899/1900 erforderlichen Falls auf höhere Matrifularbeiträge oder auf höhere Steuern oder eine Anleihe zurückgreifen will. Sehr zu prüfen wird daher auch die Kommission haben, ob es wie § 2 beim Ent-Soil der Matrifularbeiträge verbleiben soll. Auch uns ist die Verkopplung zweier Etatsjahre nicht unbedenklich. Im Gegensatz zu Herrn Richter meine ich, dass ein Uebergreifen mit neuen Steuern auf das Reich keineswegs immer eine Befreiung der milder Bemittelten bedeute, weil dem Reiche nur die indirekten Steuern verbleiben, z. B. in Bayern die Steuern erhöht werden müssen. Dort handelt es sich doch vor allem um die Grundsteuer, den Schaden würden dort die Landwirthe haben. — Abg. Baasche (nl.) spricht für eine Reichsfinanzreform von Dauer und stimmt der Vorlage durchaus zu. — Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen. — Es folgt die 2. Beratung der Reichsmonete, betreffend die Beschaffung des Arbeits- oder Denkmünzen. Die Beschaffung soll sodann auch zu Gunsten unethischer Kinder stattfinden dürfen, wobei aber den ethischen anpruchsberechtigten gewisse Privilegien gewahrt bleiben sollen. — Ein Antrag des Abg. Baasemann (nl.) hierzu bemerkt eine Abschwächung dieser Privilegien, um zwischen den Anwartsberechtigten der Ethischen und der unethischen Kinder eine mittlere Linie zu finden. — Der Antrag Baasemann wird angenommen und damit die ganze Vorlage. Es folgt der Etat des Invalidenfonds. Die Kommission hat den Dispositionsfonds des Kaisers um 900,000 Mk. erhöht behufs Erhöhung der Pensionen von Kriegsgenossen. Ein Antrag v. Leipziger (son.) will statt dessen die Regierung auf dem Wege einer Resolution aufordern, einen Nachtragsetat zu demselben Zwecke vorzulegen. — Referent Abg. v. Leipziger (nl.) berichtet, dass in der Kommission die Verfassungsmässigkeit des von ihr gefassten Beschlusses reglementarisch bestritten worden sei. — Abg. Müller-Jalda (Centr.) vertritt die Ansicht des Ausschusses der Kommission. Es berichte in den Kreisen der Invalidenberechtigten dringende Noth, während man die Pensionen des Invalidenfonds nicht einmal ausbreite. — Abg. v. Leipziger empfiehlt keine Resolution hauptsächlich aus etatrechtlichen Gründen gegen den Kommissionsbeschluss. — Schachspielmeister Graf Polibowski vermahnt die Regierung dagegen, an den Pensionen des Invalidenfonds Sparmassnahmen zu treffen. Eine Uebereinstimmung zwischen Regierung und Haus, weshalb solle man da nicht den Verzicht der Kommission annehmen? Seine Freunde wollten den Verzicht der Kommission nicht zum Konfliktstoffe machen, aber diesen Gegenstand nicht zum Konfliktstoffe machen. Sie beantragen daher eine Resolution, welche abweichend von der Leipziger 8, die Regierung um Vorlegung eines Nachtragsetats eruche, der allen hilfsbedürftigen Kriegsgenossen je 120 Mk. ausweise. — Nach einer weiteren kurzen Debatte wird die Unterposition in der Höhe der Regierungsvorlage, also nicht nach dem Verzicht der Kommission, bewilligt, nur die Sozialdemokraten und einige Freisinnige stimmen für die höhere Summe. Sodann wird die eben erst eingebrachte Resolution Lieber einstimmig angenommen, die Resolution Leipziger wird zurückgezogen. — Morgen Etat der Reichseisenbahnen und des Reichsverkehrsamts.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Februar.

Berlin, Reichstag. Zur 1. Beratung steht der Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der Hälfte des Ueberflusses der Ueberwachungen über die Matrifularbeiträge für 1897/98 zur Schuldentilgung. § 2 des Gesetzes lautet: „Es wird beschlossen, dass die Einzelstaaten für 1897/98 zu Gunsten der Reichsstaatsentilgung verzichten sollen, nach § 1 ihnen für 1899/1900 zu Gunsten gerechnet werden, also unerschoben bleiben soll, wenn in diesem Jahre die Ueberwachungen hinter den Matrifularbeiträgen zurückbleiben.“ Staatssekretär Graf Polibowski: Die Schuldentilgung im Reiche liegt heute im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung, auch eine dauernde Reform der letzteren sei dringend geboten, zumal sich jetzt bei Ueberwachungen, Matrifularbeiträgen u. d. Steuerzahler kaum noch ein neues Bild von der Finanzlage machen können. Die Ueberwachungspolitik könne in der Weise wie bisher nicht fortgesetzt werden, nachdem die Ausgaben für Heer und Marine, für Kolonien und für die Zwecke der sozialen Versicherungsangelegenheit in den letzten 10 Jahren so gestiegen seien, dass die Einnahmenseigerung damit nicht habe gleichen Schritt halten können. Und wie sei zugleich die Reichsschuld gewachsen! Wenn aber die Bundesstaaten auf einen erheblichen Theil der Ueberwachungen verzichten sollen, so müssten sie auch eine Gewähr dafür haben, nicht ein anderes Mal zu sehr durch Matrifularbeiträge herangezogen zu werden. Diese Gewähr soll der § 2 geben. Dies ist keine automatische Regierung, denn wenn 1899/1900 die Matrifularbeiträge sehr hoch stiegen, so könnten die Einzelstaaten trotz des ihnen dann anzurechnenden Betrags gemäß § 2 dennoch in die Lage kommen, mehr an Matrifularbeiträgen zu zahlen, als sie an Ueberwachungen erhalten. Würde man ausserhalb des Reiches die Verhältnisse klar durchschauen, so würde sich geradezu ein Sturm nach einer solchen Finanzreform erheben. Die Vorlage beruht auf einstimmigem Beschluss der verbundenen Regierungen. — Abg. Richter (frei, Sp.): Die Vorlage ist nur eine Variation auf das Thema, dass die Einzelstaaten nicht mehr an Matrifularbeiträgen zahlen sollen, als sie an Ueberwachungen erhalten; ebenso ist der erste Theil der Rede des Schachspielmeisters nur eine Umschreibung des automatischen Gedankens gewesen. Eine rechtliche Scheidung ist erforderlich gewesen, nur in einer anderen Form. Was der Schachspielmeister zur Verbindung des Gesetzes der Ueberwachungspolitik gesagt hat, lasse darauf hinaus, Bille, Braunsteinreiter u. d. das Alles solle verwendet werden für Militär und Marine. Das aber lehnen wir untereinstimmig rund ab. Indem § 2 außerdem zwei Jahre verknüpft, enthält er auch eine Ein-

Trümpf-Seife
Mittwoch, 24. Febr.
Mittwoch, 24. Febr.